



Hoffen

Auf Politik und Frieden

96 Kriegstage

Im vierten Kriegsmonat, gab Israels Verteidigungsminister Yoav Gallant am 7. Januar sein Lagebild. Der Überfall am 7. Oktober mit 1.200 Getöteten Bürgern im Süden, Terror auf Kommunen, Musikfest und über 200 Gefangenen, änderte alles. Israel müsse nicht nur die Iran geführte Hamas angehen, sondern Libanons Hizballah. Kein „Einzelfeind“, **jedoch** Irans Achse. Die IDF gehe zu Spezialoperationen **über**, um Zivilopfer zu meiden. Bis zum Tag 96 hatte sie **186** Tote, die andere Seite über 23.000: Zivile in Mehrheit.

Außenminister Blinken bereist neun Länder vom 4. bis **11.** Januar. Er will Spannungen abbauen, Zivilisten in Israel, **der** Westbank und Gaza schützen sowie die Humanlage durch mehr Hilfsgüter verbessern. Al-Huthi-Angriffe auf Handelsschiffe und eine Eskalation im Libanon seien zu vermeiden **und** ein Palästinastaat im Frieden neben Israel vorzubereiten.

Doch erhellt Gallant, dass die nächste Phase Nord-Gaza **um** Khan Yunis betreffe, wo das Tunnelsystem zu sichten und Gefangene zu befreien wären. Aber dort und vor Rafah leben jetzt viele Geflohene. Er spricht von einer flexiblen Taktik und einem längeren Kampf. Mit Ägypten sei zu sichern, dass keine Tunnel mehr Militante und Waffen bergen. Dazu folgen Treffen wie zur Gefangenen-Auslösung. Doch sieht Gallant die Nordgrenze im Hizballah-Konflikt. Deren Chef Hasan Nasrallah sagte Militärentworten auf die Tötung eines Hamas-Chefs in Bairut an, Salih al-Aruri. Evakuierte Israelis, 80.000, sollen sicher heimkehren. Folge da keine Abmachung, so harter Militäreinsatz. Er wolle nicht, dass Hamas, Hizballah und Iran nun Israel prägen. Gallant bejaht die US-geführte multinationale Gruppe mit EU- und Mittelost-Partnern, die Gazas Aufbau anleite. **Gegen** al-Huthi-Angriffe **auf** Schiffe **im** Roten Meer **wirkt eine** Staaten-Allianz. Schiffe werden umgeleitet, was indes teurer wird.

686 Kriegstage

Angriffskriege drei Monate gegen Israel und zwei Jahre gegen die Ukraine tangieren sich, da Kräfte verlegt und Mittel **limitiert** sind. Kiew weitete sein Beziehungsnetz zu Ostasien und Mittelost. Das zeigt Tokyos Außenministerin Yoko Kamikawa, die mit Präsident Selenskyj Sicherheitsabmachungen, Wiederaufbau und sein Friedensformular beriet, darunter auch Radiation und Atomsicherheit.

Erstmals sprach er **mit** Bahraains König Hamad Bin Isa zur Kooperation und globalen Nahrungssicherheit. Zudem dankte er Kuwaits Amir Schaich Mishal al-Ahmad, dass Kuwait in der UN für Kiew abstimmte **und** nun Generatoren liefert. Wolodymyr Selenskyj telefonierte mit Katars Amir Schaich Tamim Bin Hamad. Ihm **ging** es **darum**, Ukraines Kinder zurückzuführen. Des Amirs Hilfe sei **effektiv** wie zum „Getreide aus der Ukraine“. Am **3.** Januar wurden 230 ukrainische Militärs sowie Zivilisten heimgeholt. Zum Jahreswechsel trafen **die** Ukraine laut Außenminister Kuleba **zwei** Wellen Raketen- und Drohnenangriffe.

Blinken, M. Bin Zayid Foto Chuck Kennedy



Selenskyj, Kamikawa, Kiew Foto



Moskau, EU, Belarus

Präsident Putin sagte **mehr** Angriffe an. Zwar gab Joe Biden der Ukraine \$20 Mio. Doch sieht der Kreml-Chef EU-Schwächen, wo die \$55 Md. Hilfe am Veto Ungarns hängen. Europäer einzuschüchtern, bestückte er SU-25 Jets laut Präsident Lukaschenko atomar. Überdies erweiterte sich Putins Aktionsradius „multidimensional“ mit seiner Brics-Leitung 2024. Darin sind fortan **auch** Saudi-Arabien, Iran, Ägypten, Iran und Äthiopien.

BRICS Chairman 2024



US-Wahlkampf

Amerika **hat** de facto **seine** Grenzen aufgehoben. **Seit** 2021 bringen **etwa** 12 Mio. Chancen und Talente, doch ungeregelt in dieser Kriegs- und Wahlen-Ära auch Verluste und Gefahren. Linke hoffen, **diese** „zu Wählern **für** sich zu machen“. Nachdem, was weithin so läuft, sah FBI-Direktor Christopher A. Wray vor dem Kongress Warnlampen. Am 15. Januar beginnen Vorwahlen in Iowa. Noch laufen Verkehrsblockaden, bereits **ziviler** Terror genannt.

Wählern versicherte Joe Biden, „still **mit** Israels Regierung zu arbeiten, in Gaza ihre Präsenz zu reduzieren und herauszukommen“. Obwohl er Rivalen Donald J. Trump als Bedrohung der Demokratie anzeigt, hat dieser durch Fans Aussicht, zum Bewerber seiner Partei aufzusteigen. Trotz, oder wegen juristischer Prozesse ist er populärer als Biden. Also plagt auch Michelle Obama „Schrecken“, wie sie am 8. Januar zu Wahlen sagte. Steigt **sie** ein?

Berlin, Mittelost

Außenministerin Baerbocks Worte teilen wohl viele Bürger, dass Israel fest auf Berlins Solidarität gegen den blinden Terror bauen könne. Noch fliegen Gazas Raketen, bangen viele um das Geisel-Schicksal – sie mögen alle unverzüglich freigelassen werden. Indes geht nichts blind, sondern gezielt. Sie sagt Israel müsse mehr tun, Gazas Zivilisten zu schützen. Sicher. Doch in Kairo erklärte sie gegen historische Fakten: „Gaza **und** Westjordanland gehört **den** Palästinensern.“ Ihr Hinweis auf UN-Resolution **1701 (2006)** geht ins Leere: obwohl diese forderte, Gruppen Südlibanons zu entwaffnen, ging niemand die Waffen der Hizballah an. Deutschland stelle €211 Mio. Gaza-Hilfe, plus €8 Mio. zusätzlich für UN-Nothilfe und per Luftwaffe 10 Tonnen Güter nach al-Arisch vor Gaza. Leser notierten **dazu**, **dass** diese Hilfe ins Hamas-**Umfeld** gehe oder der Elite zukomme, indes das Volk ein Hamas-Geisel bleibe.

Foto Baerbock X 070124



Siegen NRW, Demo 080124 Foto MK



Atomkraft

Robert Habeck bereist Mittelost, darunter Oman, Saudi-Arabien, Israel und die Westbank. Thema? Umstieg auf klimafreundliche Energieträger. Aber durch Atomausstieg gilt Berlin dort als Warnung, denn wer kann, greift zu AKW. Laut Habeck sei Mittelost „stark verankert im fossilen Energiesystem“: Umsteuern sei wichtig. Doch braucht dies Dekaden; und Deutsche zeigen zweierlei: wie **ruinös** Angela Merkels „Atomende“ fortwirkt, welche Folgen „Net-Zero- und Budgetfehler“ der Ampel haben und wie dies Wähler **samt** Bauern erbost, driften Regierende **voll** linksideologisch ab. Was Wunder, Bürger sagen, wie sie „die Regierung in den Ruin treibt“. Über $\frac{2}{3}$ **stimmen** Bauern zu. Die Debatte um das AfD-Verbot enthüllt arge Tricks, gegen legitime Parteien gerichtet. Sind Staatsapparate gegen die politischen Gegner mit dem Argument eines vorgeblichen „Demokratienschutzes“ legal etwa akzeptabel?

Wolfgang G. Schwanitz